

In einem Gastbeitrag appelliert der Migrations-Experte Klaus J. Bade an die Regierung

Einwanderung: Kneifen hätte fatale Folgen

Der Historiker empfiehlt klare Regeln: „Sonst droht ein Keulenkampf vor der Bundestagswahl“

VON KLAUS J. BADE

Kommt ein Einwanderungsgesetz noch vor der Wahl 2002? Rot-grüne Innenexperten äußerten sich skeptisch, Unionspolitiker drängten auf eine Regelung — neue, verdrehte Fronten in einem alten Streit. Der Migrations-Experte Klaus J. Bade drängt in folgendem Gastbeitrag die Regierung, das Thema nicht schleifen zu lassen.

NÜRNBERG — In Sachen Einwanderung herrschte in Deutschland lange defensive Erkenntnisverweigerung unter dem trutzigen Dementi „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“. Doch Migration, Integration und Minderheiten sind heute längst nicht mehr nur wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische, sondern auch zentrale gesellschaftspolitische Probleme und Aufgaben. Sie sind zwar auch durch Einwanderungsgesetzgebung allein nicht zu „lösen“. Aber ein umfassendes und transparentes, praxisorientiertes und flexibles Regelsystem ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

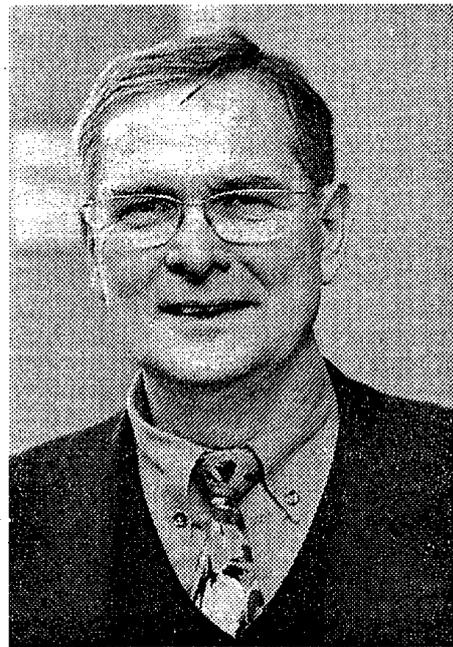
Taktischer Kursschwenk?

Davon will, so scheint es, die rot-grüne Koalition neuerdings wenig wissen. Bescheiden und pragmatisch soll es zugehen, nach Möglichkeit unterhalb der Ebene eines umfassenden Einwanderungsgesetzes. Das sieht nach Kurswechsel aus. Es dürfte aber wohl eher ein taktischer Kursschwenk der Koalition sein.

Der Kanzler ließ zu Wochenbeginn die beiden innenpolitischen Sprecher der Koalition, Dieter Wiefelspütz (SPD) und Cem Özdemir (Bündnis 90/Grüne), mit Absagen an ein „umfassendes Einwanderungsgesetz“ vortasten. Dann besänftigte der Kanzler die über die Absagen aufgebrachte Opposition mit der beschwichtigenden Formel, es werde vor der Wahl schon noch eine große Lösung geben.

Nicht minder wichtig für den Kursschwenk war aber wohl auch das rot-grüne Hessen-Trauma von 1998: Hintergründe des Debakels waren damals nicht nur die Kampagne der Opposition, sondern auch Patzer der Regierung. Sie zeigte bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zunächst keinerlei Kompromissbereitschaft in der Sache. Und sie übersah außerdem, dass man mit Paragrafen keine Mentalitäten ändert — schon gar nicht die in vielen Köpfen tickende ethno-nationale Botschaft, Deutscher könne man zwar *sein*, aber nicht *werden*.

Die polemische CDU-Kampagne gegen den „Doppelpass“ schürte alte Ängste und Abwehrhaltungen. Die Kampagne trug bei zum Regierungswechsel in Hessen, weshalb die rot-grüne Koalition ihre Mehrheit im Bundesrat verlor, Angst vor der eige-



Klaus J. Bade. Foto: Karl-Heinz Daut

nen Courage bekam, Kompromissbereitschaft zeigen und ihren Gesetzentwurf überarbeiten musste.

Parteitaktik darf aber nicht auf Kosten der Programmatik gehen. Rot-grünes Kneifen vor den mit unerbittlicher, nämlich gesellschaftspolitischer Notwendigkeit anstehenden großen Gestaltungsaufgaben in der Migrationspolitik könnte fatale Folgen haben: Vor der nächsten Bundestagswahl könnte es dann auf Neue zu einem fundamentalistischen Keulenkampf mit Totschlagsargumenten um die falsche Frage kommen, ob Einwanderungsfragen anstehen oder nicht.

Wie beutegierige Geier

Mehr noch: Wer durch Zögern und Taktieren dazu beiträgt, dass an die Stelle der Diskussion um das konkrete „Wie“ eine neue Angstdiskussion um ein grundsätzliches „Ob“ tritt, der öffnet unversehens das brisante und schwer überschaubare, weil mit fast allen anderen Gestaltungsbereichen zusammenhängende Themenfeld „Einwanderung“ für die großen Vereinfacher von rechts. Sie würden wie beutegierige Geier einschweben, weil ihnen politische Gestaltungsschwächen, soziale Ängste und gesellschaftliche Unübersichtlichkeiten traum-schöne Morgengaben sind. Umso wichtiger wäre es, dass Rot-Grün den Kopf möglichst bald schwingvoll wieder aus dem Sand zieht.

Auch Europa ist kein Argument für Rückzieher in der Migrationspolitik: Dass es in der EU in dieser Hinsicht keine nationalen Alleingänge mehr geben kann, ist eine Binsenweisheit. Das darf aber kein Hebel sein, längst überfällige nationale Hausaufgaben auf die lange Bank zu schieben. Angemessen ist deshalb nicht ein „stop and go“ oder gar ein „go and stop“, sondern ein Halteverbot in der deutschen Migrationspolitik.

Nürnberger Nachrichten 1.2.2001